



# ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

35. hét

2018.08.27.

## ZUSAMMENFASSUNG

- Der Währungsrat der Ungarischen Nationalbank hat den Leitzins unberührt belassen, der seit dem Mai 2016 auf 0,9 Prozent steht. Diese Entscheidung wurde im Einklang mit der Zinserhöhung der US-Zentralbank Fed vom Juli getroffen.
- Laut einem Bericht des Ungarischen Helsinki-Ausschusses lassen die Behörden die sich an der Südgrenze um Asyl bemühenden Einwanderer hungern. Die Sache wurde durch die einheimischen Oppositionsmedien und die internationale Presse aufgegriffen, obgleich der Ungarische Staat in Wirklichkeit enorme Beträge für die angemessene Verpflegung der Asylbewerber aufwendet.
- Nach dem Rückzug von Bernadett Szél aus der Parteispitze erscheint die Zukunft der LMP ungewiss. Mit diesem Schritt hat sich ein Kreis geschlossen, denn abgesehen von Ferenc Gyurcsány sind nach der Wahlniederlage vom April sämtliche Führer von Oppositionsparteien zurückgetreten.
- Der private Nachrichtensender ATV wird ab Oktober 2018 einzelne Programme von CNN in ungarischer Sprache ausstrahlen. Die Veränderungen in der Programmstruktur könnten als Vorbereitung auf den Start eines zweiten ATV-Kanals im kommenden Jahr gedacht sein.
- In diesem Jahr noch dürfte die Regierung einen Aktionsplan vorlegen, mit dem sie auf eine Veränderung der Anschauungen drängt und auf die heikelsten Probleme des Gesundheitswesens fokussieren will. Abgesehen davon ist ab September in der Regierungspolitik eine nochmals verstärkte Umsetzung des Strebens nach einem stärkeren Nationalbewusstsein zu erwarten.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

### DIE UNGARISCHE NATIONALBANK BELIESS DEN LEITZINS UNVERÄNDERT

Im Sinne der durch den Währungsrat in der vergangenen Woche getroffenen Entscheidung steht der Leitzins der Notenbank auch weiterhin auf 0,9 Prozent. Die Sitzungen des neunköpfigen Gremiums erhalten seit den massiven Wechselkursschwankungen des Forint herausragende Aufmerksamkeit, während die Zinspolitik der MNB bereits seit dem 25. Mai 2016 unverändert ist.

Neben dem Leitzins änderte sich auch der sogenannte Zinskorridor nicht – den die Notenbank als Zinsspanne zwischen ihrem Übernachtskredit und den Einlagezinsen vorgibt –, dessen Obergrenze auf dem früher vereinbarten Niveau von 0,9 Prozent verblieb. Mit Hilfe des Zinskorridors wird verhindert, dass die Schwankungen in den Tageszinsen am Interbankenmarkt Einfluss auf die Entwicklung der längerfristigen Erträge nehmen. Wie die Notenbank mitteilte, lässt sich das Inflationsziel gegenwärtig aufrechterhalten, so dass aus diesem Grunde keine Notwendigkeit besteht, die lockere monetäre Politik aufzugeben. Weil die Inflationsrate im Juli jedoch auf 3,4 Prozent heraufschnellte, wird viel von den Schwankungen im dritten Quartal abhängen.

Die jetzige Entscheidung des Währungsrates befindet sich im Einklang mit dem durch die US-Zentralbank Fed vorgegebenen Leitzins. Eine neue Lage könnte die für Ende Dezember erwartete Programmkorrektur der Europäischen Zentralbank (EZB) herbeiführen, wenn die EZB ihrem Anleihenkaufprogramm ein Ende bereiten dürfte. Eine weitere Botschaft dieser Zinsentscheidung lautet, dass die MNB die Auswirkungen des turbulenten internationalen Umfeldes – den Fall Türkei – auf die ungarischen monetären Prozesse aufmerksam verfolgt, deren Unberechenbarkeit jedoch nur schwer voraussagen lässt, ob das aktuelle Zinsniveau auf lange Sicht eine Änderung erfahren wird.

## AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

### DIE HILFELEISTUNGEN AN DER SÜDGRENZE GESCHEHEN AUF ORGANISIERTE WEISE

Sowohl in den einheimischen Oppositionsmedien als auch in der internationalen Presse wurde empört auf die Behauptungen des Helsinki-Ausschusses reagiert, wonach die ungarischen Behörden die Asylbewerber an der Südgrenze hungern ließen. Neben Bloomberg berichteten die Brüsseler Ausgabe

von Politico sowie zahlreiche deutschsprachige Medien wie Der Spiegel, Der Standard und Die Tageszeitung von den Ereignissen.

Laut Erklärung des Ungarischen Helsinki-Ausschusses lassen die Behörden an Ungarns Südgrenze Asylbewerber in den Transitzone hungern, weshalb die NGO den Ungarischen Staat vor heimischen Rechtsforen sowie am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Strasbourg verklagte. Die ungarische Regierung vertritt den Standpunkt, es sei eine Verleumdungsaktion gegen die Institution der Transitzone und die mit diesen verbundenen amtlichen Maßnahmen in Gang gesetzt worden.

In Verbindung mit der in den Transitzone an der Grenze gewährten Versorgung hält das ungarische Recht fest, dass Personen, die auf die Beurteilung ihres Asylantrags warten, zu einer Verpflegung berechtigt sind. Im Falle abgewiesener Asylanträge erlischt diese Berechtigung zu Versorgungsleistungen jedoch, wovon einzig schwangere Frauen und Kinder eine Ausnahme bilden. Jene Personen also, die nach Abweisung ihres Asylantrags die in Richtung Serbien offenen Zonen nicht verlassen, haben kein Anrecht auf die durch Ungarn erbrachten Versorgungsleistungen.

Ausgehend von Informationen des Pressezentrum der Regierung wendet der Staat zur Versorgung der Asylbewerber in den Transitzone jährlich 700.000 Forint pro Kopf auf; im Angesicht dieser Zahlen erscheinen die Aktionen des Helsinki-Ausschusses eher als unnötige politische Provokation. Seit Errichtung des Grenzzauns im Süden des Landes kam es abgesehen von einer einzigen Ausnahme zu keinen schwerwiegenden Zwischenfällen, wohingegen ungezählte Male Versuche unternommen wurden, die Grenze illegal zu überschreiten.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### DIE LMP BLIEB OHNE IHRE CO-VORSITZENDE UND FRAKTIONSCHEFIN

Bernadett Szél ist von ihren Ämtern als Co-Vorsitzende der Partei und als Fraktionsvorsitzende im Parlament zurückgetreten. Der Rücktritt der früheren Spitzenkandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten erscheint als ein rationeller Schritt, denn im Vorfeld der Wahlen hätten selbst in ihrem Fall – wie das in der LMP mittlerweile an der Tagesordnung ist – Sanktionen eingeleitet werden können, weil sie einen Parteitagsbeschluss missachtete, der die Teilnahme der LMP an einem koordinierten Auftreten der Opposition untersagte. Die Position an der Spitze der Fraktion dürfte der andere Co-Vorsitzende, László Lóránt Keresztes, von Szél übernehmen. Damit kann nun ausgesagt

**werden, dass im Zuge der Wahlniederlage vom 8. April sämtliche Führer der größeren Oppositionsparteien zurückgetreten sind.**

Die reihenweisen Sanktionen von Seiten des Ethikausschusses der LMP haben die Partei in eine Krise gestürzt. Der als basisdemokratisch bezeichnete Betrieb der grün-alternativen Partei, die bei den Parlamentswahlen das beste Wahlergebnis in ihrer Geschichte einfuhr, raubt nicht nur die Hoffnung auf ein weiteres Erstarken und eine positive Zukunft, sondern erschwert sogar die Bewältigung der einfachsten Alltagsfragen. Bekanntlich verließ seit April der einstige Parteigründer András Schiffer die LMP, aus der unter anderen der frühere Sekretär des Parteivorstandes, Róbert Benedek Sallai, und der frühere Kandidat für ein Parlamentsmandat, Dániel Kassai, ausgeschlossen wurden, während der ehemalige Co-Vorsitzende Ákos Hadházy die Partei aus freien Stücken hinter sich ließ. Bernadett Szél, die im Wahlkampf noch als Spitzenkandidatin für das Amt des Ministerpräsidenten antrat, wurde durch eine Entscheidung des Ethikausschusses genötigt, sich aus der Parteispitze zurückzuziehen. Der Beschluss des Ausschusses war begründet: Szél setzte sich – gemeinsam mit weiteren Parteimitgliedern – über einen Kongressbeschluss hinweg, der besagte, dass die LMP keine Konsultationen mit anderen Oppositionsvertretern über gegenseitige Rücktritte in einzelnen Wahlkreisen führen wird. Diesen Beschluss verletzten gleich mehrere führende LMP-Politiker, woraufhin der Ethikausschuss die meisten von ihnen mit einem dreijährigen Verbot zur Ausübung leitender Parteiämter belegte.

Der Rücktritt von Bernadett Szél dürfte für sie jedoch aller Wahrscheinlichkeit nach nicht das Ende ihrer politischen Karriere bedeuten. Während sie nämlich ihre Ämter zurückgab, möchte Szél doch nicht ihre Aktivitäten aufgeben, in der LMP zu politisieren und diese weiterhin als Abgeordnete im Parlament zu repräsentieren. Die Frage einer Nachfolgerin für Szél ist noch ungeklärt, nachdem sie bei der Erneuerung der Parteiämter im Mai ohne Herausforderer blieb. Wenn man die potenziellen Kandidatinnen für das Amt der Co-Vorsitzenden der LMP durchgeht, ist obendrein aktuell keine chancenreiche Anwärtlerin auf diese Position zu erkennen. Im Fall des Fraktionsvorsitzes verhält sich dies anders: Gegenüber László Lóránt Keresztes besteht sowohl im Kreis der Parteimitglieder als auch innerhalb der Fraktion das nötige Vertrauen.

## **ATV HAT EINE PARTNERSCHAFTSVEREINBARUNG MIT CNN GESCHLOSSEN**

**Ab Oktober 2018 können die Zuschauer des Nachrichtensenders ATV auch Nachrichten, Berichte und sonstige Reportagen von CNN sehen, denn Aufnahmen des weltgrößten Nachrichtenkanals werden**

**fortan einmal wöchentlich zusammengefasst. Der Generaldirektor von ATV sprach zuvor von einer neuen Strategie und Plänen, ein größeres Publikum zu erreichen.**

Die ab Oktober in ungarischer Sprache ausgestrahlten CNN-Nachrichten könnten ein erster Schritt zur langfristigen Erneuerung des Nachrichtensenders sein. Darüber hinaus möchte Generaldirektor Szilárd S. Németh das ATV-Portfolio in naher Zukunft – binnen eines Jahres – um einen weiteren Kanal ausweiten, in dessen Programm mehr Unterhaltungsprogramme und Serien Aufnahme finden würden, um jüngere Zielgruppen anzusprechen und auf diese Weise ein potenziell breiteres TV-Publikum zu erreichen.

Im Zuge der Umwälzungen der vergangenen drei Monate auf dem Medienmarkt – der Nachrichtensender Hír TV gehört nun wieder zum Regierungslager, das Schicksal der Tageszeitung „Magyar Nemzet“ ist noch unklar, doch sind Gerüchte zu vernehmen, wonach die traditionelle Publikation nicht endgültig von der Bildfläche verschwunden ist – summieren sich die Meinungen in Bezug darauf, dass ATV nicht länger als regierungskritisch eingestellter TV-Sender betrachtet werden kann. Die nun mit CNN – einem der schärfsten Kritiker von Donald Trump in den Vereinigten Staaten – getroffene Vereinbarung sowie die ehrgeizigen Pläne hinsichtlich der Ausweitung des Programmangebots zeigen einerseits, dass die Mutmaßungen bezüglich kritisch gestalteter Programme nicht als begründet angesehen werden können, während ATV andererseits bestrebt ist, seine Zukunft auch in wirtschaftlicher Hinsicht von mehreren Seiten abzusichern.

Die Einschaltquoten für Nachrichten und politische Reportagen lagen in der jüngsten Vergangenheit beim RTL Klub am höchsten, doch zeigt ATV zwischen 16 und 18 Uhr hohe Zuschauerquoten für seine Nachrichtensendungen, die im Durchschnitt mehr als 100.000 Zuschauer erreichen. Allerdings reicht diese Zahl in der Rangliste aller Nachrichtensendungen durchschnittlich nur für den 10. oder 11. Platz, weshalb die oben genannten geschäftspolitischen Maßnahmen auch aus dem Gesichtspunkt der Position von ATV am Medienmarkt zentrale Bedeutung erlangen könnten.

## **PROGNOSE**

**EIN VERBESSERTER GESUNDHEITZUSTAND DER BEVÖLKERUNG UND DIE STÄRKUNG IHRES NATIONALBEWUSSTSEINS GELANGEN IN DEN MITTELPUNKT DER REGIERUNGSPOLITIK**

Ab 2019 wird die Produktsteuer zu Volksgesundheitszwecken im Falle von Speisen und Getränken, die ein Gesundheitsrisiko darstellen, um durchschnittlich 20 Prozent angehoben. Gesundheitsstaatssekretärin Anikó Nagy bezeichnet die Verbreitung der gesunden Lebensweise als herausragende Zielstellung des bis 2018 entstehenden Nationalen Volksgesundheitsprogramms, mit dem die Bevölkerung zu einem gesünderen Lebensstil angeregt werden soll.

Das Nationale Volksgesundheitsprogramm wird auf Initiative des Ministers für Humanressourcen, Miklós Kásler, unter Mitwirkung der größten Gesundheitseinrichtungen des Landes sowie der eine Schlüsselrolle in der Grundversorgung besetzenden Hausärzte erstellt. Hierbei kommt die Struktur als sog. Spitzenministerium einer komplexen Programmgestaltung entgegen: In diesem Prozess wird auch den Staatssekretariaten für Bildung, Familie und Sport eine große Rolle zugewiesen, um die fachlichen und nationalstrategischen Gesichtspunkte in einem möglichst breiten Spektrum zur Geltung bringen zu können.

Als Eckpunkte erscheinen nachfolgende Belange relevant:

- es werden fachliche und gesellschaftliche Konsultationen für die Verbreitung einer gesünderen Lebensweise auf den Weg gebracht,
- neben Herz- und Kreislauferkrankungen, Krebs und Erkrankungen des Bewegungsapparates gelangt die Erhaltung der seelischen Gesundheit und die Kinderbetreuung in den Fokus,
- die Wartezeiten (was nicht gleichbedeutend mit Wartelisten ist) müssen auf dem Wege organisatorischer Veränderungen und der Weiterentwicklung der Elektronischen Gesundheitsdienstleistungen reduziert werden,
- neben einer steigenden Effizienz muss in den großen Gesundheitszentren mit einem wachsenden Versorgungsbedarf sowie mehr aufwendigen Verfahren gerechnet werden.

Das Handlungsprogramm wird unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungen festhalten, dass jenen Volkskrankheiten Einhalt zu gebieten ist, an deren Entstehen eine ungesunde Lebensweise hauptsächlich beteiligt ist. In Ungarn stehen zwei weit ausgebreitete Krankheitsgruppen ursächlich damit in Verbindung: die schwindende Gesundheit wegen Kreislaufbeschwerden sowie das hohe Risiko für die Entstehung von Zuckerkrankheiten.

Für den Erfolg des Wandels in der Lebensweise wird den Familien in der Zukunft eine Schlüsselrolle zufallen. Die Zielstellung lautet, die Rolle der für die jungen Generationen beliebten virtuellen Räume in Zukunft durch eine Rückkehr zu den klassischen Funktionen der Familie bei der Erziehung und Entwicklung der Kinder zurückzudrängen. Die Konzepte dieser Regierung unterscheiden sich von den Lösungsansätzen vor 2010 in jedem Fall darin, dass sie sich nicht ausschließlich mit der Frage beschäftigen möchte, wie sich das Gesundheitswesen finanzieren lässt, sondern ein größeres Gewicht auf die Prävention und das Vorbeugen des Entstehens von Krankheiten legen wird, ohne deshalb die Entwicklung der Infrastruktur im Versorgungssystem zu vernachlässigen.

Das Gesundheitswesen könnte die oberste Priorität der gesamten Legislaturperiode erlangen, wobei parallel auch die Stärkung des Nationalbewusstseins in sämtlichen Systemen der Gesellschaftspolitik in den folgenden Monaten ein weiterer Schlüsselbegriff und ein herausragendes Ziel sein dürfte. Mit anderen Worten wird die Politik der Regierung ab September sehr wahrscheinlich noch nachdrücklicher als schon bislang von der Absicht getragen sein werden, ein Ungarn zu schaffen, das über ein erstarkendes Nationalbewusstsein und Selbstvertrauen verfügt.